

# 1 Für eine programmatische Neuausrichtung der 2 SPD in der Energie-, Klima- und Umweltpolitik

3 Ebersberg, den 29. September 2019

4 Die Erderhitzung muss gestoppt werden um die daraus resultierenden dramatischen  
5 Auswirkungen zu verhindern. In allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen muss der Ausstoß  
6 klimaschädlicher Gase (insbesondere CO<sub>2</sub>) möglichst schnell beendet werden. Dieser Antrag  
7 fokussiert sich auf den Energiebereich (Strom, Wärme und Verkehr) als wichtigstes  
8 Handlungsfeld in diesem Zusammenhang.

## 9 Eine gute Energie-, Klima- und Umweltpolitik ist unumgänglich und 10 zeigt positive Wirkungen in allen Politikfeldern

11 Die Naturgesetze und damit auch der Klimawandel lassen nicht mit sich handeln und lassen  
12 sich auf keine Kompromisse ein. Jede Tonne zusätzlich ausgestoßenes Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)  
13 führt zwangsläufig zu einer weiteren Erderwärmung. Um die Klimakatastrophe zu verhindern  
14 muss schnell und konsequent gehandelt werden. Wir haben nur noch wenig Zeit für die  
15 Umstellung auf ein CO<sub>2</sub>-neutrales, nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften.  
16 Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien (EE),  
17 sektorenübergreifend bei Strom, Wärme und Mobilität. Die Energiewende muss deshalb  
18 deutlich beschleunigt werden.

19 Die Klimakatastrophe würde dazu führen, dass einige Weltregionen nicht mehr bewohnbar  
20 wären. Einerseits weil die hohen Temperaturen menschliches Leben nicht mehr zulassen  
21 und andererseits weil Inseln und Küstenregionen wegen der Schmelze des Festlandeises vom  
22 Meer überflutet würden. Auch die Landwirtschaft würde durch extreme Wetterereignisse,  
23 wie Dürren und Starkregen, stark beeinträchtigt mit erheblichen Folgen für die  
24 Lebensmittelversorgung. Wir müssten mit Flucht- und Wanderungsbewegungen in bisher  
25 nicht bekannten Ausmaßen rechnen. Um Öl, Gas und andere Ressourcen werden Kriege  
26 geführt. Kriege werden auch über die Einnahmen aus der Öl-, Gas- und Kohleförderung  
27 finanziert. Die weltweite Umstellung auf erneuerbare Energien würde diesen äußerst  
28 bedenklichen Entwicklungen entgegenwirken. Gute Energie-, Klima- und Umweltpolitik ist  
29 damit auch gute Außen-, Entwicklungs- und Friedenspolitik.

30 Ökonomie, Ökologie und das Soziale stehen nicht im Gegensatz zueinander. Nachhaltiges,  
31 ökologisches Handeln und Wirtschaften ist ökonomisch und sozial. Die Gesteungskosten  
32 von erneuerbaren Energien unterscheiden sich kaum noch von denen im konventionellen  
33 Energiebereich (fossil / atomar). Auf Grund der Kohlendioxidemissionen und der  
34 radioaktiven Abfälle entstehen bei den konventionellen Energien allerdings enorme  
35 Folgekosten, die bisher aus dem allgemeinen Steuertopf beglichen wurden. Bei den

36 Erneuerbaren ist das nicht der Fall. Damit sind die Erneuerbaren auch ökonomisch günstiger.  
37 Für Sonne und Wind fallen, im Gegensatz zu Gas, Öl, Kohle und Uran, keine Brennstoffkosten  
38 an. Das heißt die Energiepreise können bei zunehmendem Einsatz erneuerbarer Energien  
39 stabiler gehalten werden, was natürlich sozial verträglicher ist.

40 Versorgungssicherheit auf Dauer kann nur durch die erneuerbaren Energien gewährleistet  
41 werden. Die Sonne hat zuverlässig über vier Milliarden Jahre ihren Dienst getan. Sie wird das  
42 auch zukünftig tun und uns kostenlos im eigenen Land genügend Energie zur Verfügung  
43 stellen. Die direkte Sonnenstrahlung kann zu Strom (Fotovoltaik) und Wärme (Solarthermie)  
44 gewandelt werden. Die durch die Sonnenstrahlung erzeugte Luftbewegung kann  
45 hervorragend als Windenergie genutzt werden. Und durch die Fotosynthese entsteht  
46 kohlenstoffneutraler Brennstoff (Biomasse, Biogas).

47 Durch die Nutzung erneuerbarer Energien können wir kurzfristig die Importabhängigkeit  
48 durch den Bezug fossiler und nuklearer Primärenergieträger, aus zum Teil kritischen  
49 Ländern, reduzieren und uns mittel- bis langfristig komplett unabhängig machen. Durch die  
50 dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien erfolgt die Wertschöpfung in den Regionen  
51 und stärkt damit insbesondere die ländlichen Räume. Sie ist im besten Sinne bürgernah und  
52 mittelständisch. Die dezentrale Nutzung von Erneuerbaren Energien macht unsere  
53 Energieversorgung sicherer gegen Störungen von innen wie von außen.

54 Im Bereich der erneuerbaren Energien sind zur Zeit etwa 340.000 Menschen beschäftigt.  
55 Durch eine beschleunigte Energiewende entstehen viele weitere, hochwertige und  
56 zukunftssträchtige Arbeitsplätze. Eine gute Energie- und Klimapolitik stärkt die  
57 Innovationskraft und die Technologieführerschaft bleibt im Land. Es darf nicht noch einmal  
58 passieren, dass durch eine völlig verfehlte Wirtschaftspolitik eine ganze Branche, wie in 2011  
59 und den Folgejahren bei der Solarindustrie geschehen, aus dem Land vertrieben wird.  
60 Dadurch sind mehr als 70.000 Arbeitsplätze verloren gegangen und wir müssen jetzt die  
61 Solarmodule aus China importieren. Leider zeichnet sich diese Entwicklung – ausgelöst durch  
62 den Ausschreibungszwang – auch in der Windbranche ab. Dort sind innerhalb eines Jahres  
63 ca. 26.000 Arbeitsplätze verloren gegangen.

64 Alle notwendigen Technologien für eine echte Energiewende sind entwickelt, einsatzbereit  
65 und auf dem Markt verfügbar, allein die passenden Rahmenbedingungen fehlen noch. Eine  
66 konsequente Politik wird auch bei den heute noch vergleichsweise kostenintensiven  
67 Technologien wie Speichern oder Power-to-Gas ähnlich steile Lernkurven wie bei der  
68 Entwicklung der Windkraft und der Photovoltaik bewirken können. Damit lässt sich eine  
69 schnelle, kostengünstige und dezentrale Energiewende problemlos verwirklichen.

70 Es spricht alles für eine schnelle, konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren Energien  
71 und für ein CO<sub>2</sub>-neutrales, nachhaltiges und ressourcenschonendes Wirtschaften. Wir  
72 werden die dafür notwendigen Rahmenbedingungen so schnell wie möglich schaffen.

73

74 **Die wichtigsten Eckpunkte einer guten Energie-, Klima- und**  
75 **Umweltpolitik**

76 **Um die im Pariser Klimaabkommen beschlossene 1,5-Grad-Grenze**  
77 **einzuhalten wird die Umsetzung der Energiewende deutlich beschleunigt.**

78 Die dringend notwendige vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien in den  
79 Bereichen Strom, Wärme und Mobilität wird mit dem jetzigen Ausbautempo erst im Jahr  
80 2150 erreicht, was zu einem Anstieg der Jahresdurchschnittstemperaturen um etwa 5°C  
81 führen würde. Um das angestrebte 1,5°C – Ziel zu erreichen müsste die Umstellung bis zum  
82 Jahr 2040 erfolgen! Anstatt die Energiewende in Deutschland zu bremsen, oder gar zu  
83 stoppen, muss sie deutlich beschleunigt werden.

84 Die Zuteilungsregime (Ausschreibungen) führten zwar für Solarparks, Windkraftanlagen On-  
85 und Offshore sowie für Biomasseanlagen auf dem Papier zu ähnlich niedrigen  
86 Vergütungssätzen wie sie die Degression des früheren EEG vorgesehen hatte. Sie zeigen aber  
87 bereits heute auch deutliche Nachteile. Der Anteil nicht realisierter Anlagen wird absehbar  
88 durch strategische und vor allem spekulative Gebote steigen und selbst die viel zu niedrig  
89 angelegten Ausbaukorridore werden verfehlt.

90 Kleine und mittelständische Projektierer, Stadtwerke und Bürgerenergiegesellschaften  
91 werden vom Markt gedrängt weil sie sich enorm teure und langwierige  
92 Genehmigungsprozesse vor dem Hintergrund, dass sie bei der Ausschreibung eventuell nicht  
93 zum Zuge kommen, nicht leisten können. Zudem steigen die Finanzierungskosten neuer  
94 Anlagen durch Risikoaufschläge der Projektierer und Banken. Weil Zuteilungen allein das  
95 Kriterium des günstigsten Gebotes berücksichtigen, finden Kriterien der räumlichen  
96 Verteilung, der Verbrauchsnähe oder der Netzdienlichkeit keine Beachtung. Unerwünschte  
97 Folgen müssen dann im Zweifelsfall durch komplizierte nachträgliche und oft unsachgemäße  
98 Maßnahmen behoben werden, wie die sog. Netzausbaugebiete eindrücklich zeigen.

99 Es braucht jetzt einen für alle Akteure verlässlichen Transformationspfad für eine schnelle,  
100 dezentrale und vollständige Energiewende in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität,  
101 sowie faire marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen für ein integriertes Energiesystem auf  
102 Basis erneuerbarer Energien. Angesichts der erreichten Wettbewerbsfähigkeit und  
103 Zuverlässigkeit erneuerbarer Energien wird ein schneller Ausbau kaum Auswirkungen auf die  
104 EEG-Umlage haben. Daher sind die Deckelung und Gängelung aufzugeben und stattdessen  
105 ambitionierte Mindestziele für den zukünftigen Ausbaupfad festzulegen.

106 Zur Beschleunigung des Ausbaus von EE-Anlagen werden umgehend folgende Maßnahmen  
107 ergriffen:

- 108 ○ Abschaffung des Ausbaukorridors (Obergrenze). Stattdessen werden ambitionierte  
109 Ausbaumindestziele definiert, bei deren Unterschreitung sofort Maßnahmen ergriffen  
110 werden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien wieder anzukurbeln. Der  
111 Mindestzubau bei der Wind- und Solarenergie (Fotovoltaik) wird auf jeweils mindestens 5  
112 GW pro Jahr, besser 7-8 GW, angehoben.

- 113 ○ Die Einspeisevergütungen werden (zumindest vorübergehend) wieder staatlich  
114 festgelegt, damit möglichst schnell Anreize für einen verstärkten Ausbau der  
115 erneuerbaren Energien geschaffen werden. Damit haben vor allen Dingen die vielen  
116 kleinen Akteure (Bürger, Energiegenossenschaften, etc.) wieder deutlich bessere  
117 Handlungsmöglichkeiten und die Umsetzungsprozesse werden wesentlich beschleunigt.
- 118 ○ Auf Ausschreibungen, die nach Europa-Recht nicht zwingend erforderlich sind, wird  
119 verzichtet, oder es werden zumindest großzügige Ausnahmeregelungen eingeführt um  
120 damit mehr Projekte schneller und einfacher in die Umsetzung zu bringen. Fotovoltaik-  
121 Anlagen können grundsätzlich ausschreibungsfrei errichtet werden. Kleine Windparks  
122 mit maximal 25 MW-Gesamtleistung werden, so wie es die von der EU-  
123 Wettbewerbskommission vorgeschlagene De-minimis-Regel vorsieht, von der  
124 Ausschreibungspflicht befreit. Technologieübergreifende Ausschreibungen werden nicht  
125 mehr durchgeführt um damit einen vernünftig abgestimmten Ausbau von Fotovoltaik  
126 und Windenergie zu gewährleisten.
- 127 ○ Die künstliche Verteuerung bei der EE-Eigenversorgung durch die EEG-Umlage bei  
128 Fotovoltaik-Anlagen größer 10 kW<sub>peak</sub> wird abgeschafft.
- 129 ○ Das Mieterstromgesetz wird vereinfacht und auf Quartierskonzepte, so wie es die EU-  
130 Kommission vorgeschlagen hat, erweitert. Mittels Erneuerbarer-Energieanlagen direkt  
131 an den Immobilien des Quartiers erzeugter Strom, kann ohne zusätzliche Abgaben an die  
132 Nutzer der Gebäude weitergegeben werden. Der Ausbau-Deckel beim Mieterstrom wird  
133 abgeschafft.
- 134 ○ Die EEG-Umlage muss auf die tatsächlichen Förderkosten der erneuerbaren Energien, die  
135 nur noch einen Anteil von ca. 40% haben, reduziert werden. Zum einen ist es dazu  
136 notwendig, dass die besondere Ausgleichsregelung für energieintensive Unternehmen  
137 zukünftig aus dem Steuertopf finanziert wird und nicht mehr von den Stromkunden  
138 getragen werden muss. Es handelt sich dabei um eine Industriesubvention, die nichts mit  
139 den erneuerbaren Energien zu tun hat. Die Unternehmen, die in den Genuss der  
140 besonderen Ausgleichsregelung kommen, sollten zudem dazu bewegt werden  
141 Maßnahmen zur effizienteren Energienutzung zu ergreifen. Falls sie nichts tun, sollte ihre  
142 ermäßigte EEG-Umlage sukzessive angehoben werden.
- 143 ○ Die Stromversorger werden durch eine gesetzliche Regelung dazu verpflichtet die  
144 gesunkenen Börsenstrompreise unmittelbar an die Kunden weiterzugeben. Durch die  
145 Entschlackung der EEG-Umlage würde ein enormer finanzieller Spielraum zur dringend  
146 notwendigen Ankurbelung des Ausbaus der erneuerbaren Energien entstehen.
- 147 ○ Auf pauschale Abstandsfestlegungen zwischen Windenergieanlagen und Siedlungen wird  
148 verzichtet. Strenge immissionsschutzrechtliche und planungsrechtliche Anforderungen  
149 (z.B. TA Lärm) werden in den einzelnen Genehmigungsverfahren bereits geprüft und  
150 sorgen dafür, dass mehr als ausreichende Abstände eingehalten werden.
- 151 ○ Die Genehmigungsverfahren müssen deutlich beschleunigt werden. Für  
152 Windenergieanlagen beispielsweise dürfen sie maximal ein Jahr dauern.

153 **Eine Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien in weitgehend**  
154 **dezentralen, regionalen Strukturen erfolgt so schnell wie möglich.**

155 In einem zukunftssträchtigen Energiesystem müssen die erneuerbaren Energien im  
156 Mittelpunkt stehen und nicht die konventionellen Kraftwerke. Momentan werden lieber  
157 Windräder, oder Fotovoltaik-Anlagen abgeschaltet, bevor man klimaschädliche  
158 Kohlekraftwerke vom Netz nimmt. Nicht die erneuerbaren Energien müssen sich den  
159 konventionellen unterordnen, sondern es muss genau andersherum laufen. Nur so ist die  
160 Umstellung des Energiesystems auf 100 Prozent Erneuerbare möglich.

161 Das EEG muss wieder zu einem allgemeinverständlichen Werkzeug des EE-Ausbaus werden  
162 und darf nicht länger als bürokratischer Bremsklotz missbraucht werden. Die Garantie des  
163 Netzanschlusses und des Einspeisevorrangs sowie eine degressiv gestaltete, garantierte  
164 Mindestvergütung zur Absicherung der Investitionskosten über einen Zeitraum von 20  
165 Jahren sind nach wie vor notwendige Instrumente. Erst, wenn durch eine CO<sub>2</sub>-, bzw.  
166 Schadstoff-Abgabe gewährleistet ist, dass die enormen Folgekosten der fossilen und  
167 atomaren Energieerzeugung abgedeckt werden und damit faire Wettbewerbsbedingungen  
168 auf dem Energiemarkt geschaffen werden, kann auf die Einspeisevergütung verzichtet  
169 werden.

170 Beim Ausbau der erneuerbaren Energien muss der Fokus hauptsächlich auf die  
171 kostengünstigsten Formen, nämlich die Windenergie an Land und die Fotovoltaik gerichtet  
172 werden. Allerdings kommt unter anderem auch dem Einsatz von Biogas in KWK-Anlagen eine  
173 entscheidende Bedeutung zu. Hiermit kann zu den Zeiten Energie zur Verfügung gestellt  
174 werden, in denen zu wenig Sonnen-, bzw. Windenergie zur Verfügung steht. Bei den  
175 Vergütungssätzen im Biomassebereich muss die Bereitstellung von Regelenergie  
176 berücksichtigt werden. Biogasanlagen sollen in erster Linie mit biogenen „Abfallstoffen“  
177 (Gülle, Grünabfällen, etc.) betrieben werden. Um Maismonokulturen entgegenzuwirken  
178 sollen landschafts- und umweltverträgliche alternative (Energie-)Pflanzen gefördert werden.

179 Dezentrale Strukturen müssen nicht nur bei der Erzeugung, sondern auch im Bereich der  
180 Energieverteilung eine weitaus größere Rolle spielen als bisher. Das heißt, insbesondere auf  
181 den Ausbau, die Instandhaltung und die Ertüchtigung (Stichwort: Smart Grid) der regionalen  
182 Verteilnetze muss hoher Wert gelegt werden. In diese Netze können auch Speicher und  
183 KWK-Anlage gut integriert werden. So können erneuerbare Energieüberschüsse wesentlich  
184 besser regional genutzt werden, beispielsweise auch in den Bereichen Elektromobilität,  
185 Power-to-Heat und Power-to-Gas. Ob dann noch der teure Bau von HGÜ-Leitungen in der  
186 jetzt geplanten Ausprägung notwendig ist, muss überprüft werden.

187 Eine schnelle Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien erfordert deshalb in erster  
188 Linie folgende Maßnahmen:

- 189 ○ Der Kohleausstieg soll gesetzlich geregelt bis 2030 erfolgen. Der Ausstieg erfolgt  
190 sukzessive, wobei die ältesten und klimaschädlichsten Kraftwerke als erste vom Netz  
191 gehen. Damit kann der enorme Exportüberschuss von 50 TWh, das sind etwa 8 Prozent  
192 der deutschen Stromproduktion, deutlich reduziert werden und es steht wieder mehr  
193 Netzkapazität für erneuerbaren Strom zur Verfügung.

- 194 ○ Um die immensen Folgekosten der fossilen und atomaren Energieerzeugung zu decken  
195 wird ein Gesetz für eine CO<sub>2</sub>-, bzw. Schadstoff-Abgabe erlassen. Dabei soll mit einem  
196 Mindestpreis von 50 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> gestartet werden. Um soziale Schieflagen zu  
197 verhindern, sollen Belastungen, die nicht durch einen Wechsel auf erneuerbare Energien  
198 vermieden werden können, durch Ausgleichszahlungen aufgefangen werden.
- 199 ○ Das EEG bleibt erhalten. Die Einspeisevergütungen werden so angepasst, dass  
200 insbesondere in den Bereichen Fotovoltaik und Wind eine gleichmäßigere, geografische  
201 Verteilung der Erzeugungsanlagen erfolgt.
- 202 ○ Eine umfassende Flexibilisierung der Biomassenutzung wird durch wirksame Anreize und  
203 Maßnahmen zur Ertüchtigung aller bestehenden Anlagen für eine flexible und  
204 lastabhängige Fahrweise sichergestellt.
- 205 ○ Einführung eines Grünstrommarktmodells, um damit die lokalen und regionalen  
206 Direktvermarktungsstrukturen zu stärken. Dadurch wird auch der Preisvergleich  
207 zwischen Ökostrom und konventionellem Strom einfacher und transparenter.
- 208 ○ Sinnvolle Forderungen und Vorgaben zur Energieeinsparung und zur Nutzung  
209 erneuerbarer Energien werden in die Baugesetzgebung aufgenommen. Die Umsetzung  
210 wird durch staatliche Förderprogramme erleichtert.
- 211 ○ Bund Länder und Kommunen müssen, was die Energiewende anbelangt, mit gutem  
212 Beispiel vorangehen. Öffentliche Gebäude (Ministerien, Behörden, Hochschulen,  
213 Schulen, usw.) sollen Leuchttürme bezüglich Energieeinsparung, -effizienz und Einsatz  
214 von erneuerbaren Energien werden.

## 215 **Die Sektorkopplung ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende**

- 216 Die Sektoren Strom, Wärme und Mobilität können und dürfen nicht mehr getrennt  
217 voneinander betrachtet werden. Strom aus erneuerbaren Energieanlagen kann  
218 hervorragend zum Aufladen von Elektrofahrzeugen genutzt werden, oder auch in Wärme  
219 umgewandelt werden.
- 220 Die Barrieren zwischen den Sektoren müssen unbedingt abgebaut werden. Es ist völlig  
221 kontraproduktiv, wenn bei der lokalen Verwertung von erneuerbarem Überschussstrom im  
222 Bereich Power-to-Heat und Power-to-Gas Netzentgelte und EEG-Umlage verlangt wird.  
223 Wenn weiter so verfahren wird, werden diese dringend notwendigen Technologien nie auf  
224 die Beine kommen.
- 225 Die Sektorenkopplung, bzw. Konvergenz der Energiemärkte kann einen wesentlichen Beitrag  
226 zur Versorgungssicherheit liefern. Auch in diesem Bereich sind regionale, dezentrale  
227 Strukturen von Vorteil. Gerade Regional- und Stadtwerke, die im Strom-, Gas- und  
228 Fernwärmemarkt bereits aktiv sind, können ihre Erfahrungen, insbesondere bei Power-to-  
229 Heat, hervorragend einbringen.
- 230 Um die notwendige Sektorkopplung voranzubringen sind folgende Maßnahmen wichtig:

- 231 ○ Temporäre, regionale Stromüberschüsse aus erneuerbaren Energien werden von der  
232 Stromsteuer, Netzentgelten und anderen Abgaben befreit, wenn sie  
233 zwischengespeichert, oder zur Konvergenz der Energiemärkte eingesetzt werden, z.B. in  
234 Power-to-Heat- und Power-to-Gas-Anlagen.
- 235 ○ Das Laden von Elektroautos zu Hause, bzw. am Arbeitsplatz und der Betrieb von  
236 Wärmepumpen mit Strom aus Fotovoltaik-Anlagen werden gefördert.
- 237 ○ Es werden Informationskampagnen gestartet um die Bürger besser über die  
238 Möglichkeiten der sektorübergreifenden EE-Stromnutzung zu informieren.

239 **Die verschiedenen Speichertechnologien werden zum breiten Einsatz**  
240 **gebracht.**

241 Speicher gehören mit den Power-to-X - Technologien zu den wichtigsten  
242 Flexibilitätsoptionen einer zukünftigen Energieversorgung. Wenn wir in der Bundesrepublik  
243 die richtigen Voraussetzungen für eine Marktdurchdringung der Speichertechnologien  
244 schaffen, wird die Branche ihr Potenzial auch in den Exportmärkten entfalten können und so  
245 ebenfalls Arbeitsplätze generieren.

246 Beim Stromeigenverbrauch im Bereich privater Fotovoltaik-Anlagen kommen  
247 Batteriespeicher bereits mehr und mehr zum Einsatz. Das ist allerdings nur ein Tropfen auf  
248 den heißen Stein.

249 Nicht der extrem teure Ausbau des HGÜ-Parallelnetzes, sondern die geschickte und kluge  
250 Integration der unterschiedlichen Speichertechnologien stellt die beste Flexibilitätsoption für  
251 die zukünftige Energieversorgung dar. Die bestehenden Programme zur  
252 Forschungsförderung sind allein zur Markteinführung und Kostendegression der  
253 Technologien nicht geeignet. Es muss zusätzlich ein Marktanreizprogramm geschaffen  
254 werden, das mittelfristig durch Instrumente im EEG, wie z.B. eine Reform der  
255 Flexibilitätsprämie bzw. eine Speicherprämie, abgelöst wird.

256 Eine wesentliche Säule der Energiespeicherung wird zukünftig die Power-to-Gas -  
257 Technologie darstellen. Insbesondere das in der Bundesrepublik flächendeckend  
258 vorhandene Gasnetz (inklusive Speicher) bietet eine hervorragende Verteilstruktur und stellt  
259 enorme Speicherkapazitäten zur Verfügung. Diese Technologie könnte über den  
260 Mobilitätssektor stärker zum Einsatz gebracht werden. Gerade für Vielfahrer und für  
261 Langstreckenfahrten sind Elektrofahrzeuge (noch) nicht gut genug geeignet. Gasbetriebene  
262 Autos, die beispielsweise mit Biomethan oder Windgas betrieben werden, kämen hier als  
263 CO<sub>2</sub>-neutrale Alternative in Frage. Zugleich wäre das ein wesentlicher Meilenstein um die  
264 Power-to-Gas - Technologie auch für den Speicherbereich zur Marktreife zu bringen.

265 Erste Maßnahmen um die Speichertechnologien zum breiten Einsatz zu bringen:

- 266 ○ Deutliche Erhöhung der Mittel der forschungs- und industriepolitischen Förderung von  
267 Speichern und Power-to-X - Technologien, u.a. durch Technologie- und Markteinführung  
268 von Power-to-Gas-Anlagen an ausgewählten Standorten (z.B.: in den  
269 Braunkohlerevieren, um dadurch auch Ersatzarbeitsplätze zu schaffen).

- 270 ○ Aufhebung der Einstufung von Speichern als Letztverbraucher im Energierecht.  
271 ○ Die Energiewende findet vor allem dezentral im Verteilnetz statt. Die  
272 Verteilnetzbetreiber bekommen deshalb die Möglichkeit Investitionen in Speicher als  
273 Netzbetriebsmittel über Netzentgelte refinanzieren zu können.  
274 ○ Der Regelenenergie- und Regelleistungsmarkt wird entbürokratisiert und die Barrieren für  
275 die Teilnahme kleiner und mittelständischer Akteure werden abgeschafft.

276 **Statt auf die Kapazitätsreserve mit Kohlekraftwerken zu setzen, wird ein gut**  
277 **funktionierender Flexibilitätsmarkt, in dem die KWK-Technologie und der**  
278 **flexible Einsatz von Biogas im Mittelpunkt stehen, aufgebaut.**

279 Gasbetriebene Blockheizkraftwerke werden auch zukünftig eine wichtige Rolle spielen,  
280 insbesondere um die hohe Volatilität der Solar- und Windenergie auszugleichen. Sie können  
281 sehr gut dezentral dort eingesetzt werden, wo Strom und Wärme tatsächlich verbraucht  
282 werden und stellen deshalb eine wesentliche Flexibilitätsoption dar. In Kombination mit der  
283 Power-to-Gas - Technologie können KWK-Anlagen klimaneutral betrieben werden und  
284 lassen sich deshalb durchaus in ein 100%-erneuerbares Energiesystem einfügen.

285 Die mit ihrem hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß extrem klimaschädlichen Kohlegroßkraftwerke passen  
286 überhaupt nicht in ein ökologisch und dezentral ausgerichtetes Energiesystem und sind  
287 zudem sehr unflexibel. Auf die milliarden schwere Kohlereserve zu setzen ist der völlig  
288 falsche Ansatz. Vielmehr muss der Kohleausstieg gesetzlich endlich angegangen werden.

289 Statt der Kapazitätsreserve muss auf einen gut funktionierenden Flexibilitätsmarkt, in dem  
290 die KWK-Technologie und der flexible Einsatz von Biogas im Mittelpunkt stehen, gesetzt  
291 werden.

292 Erste wichtige Maßnahmen für einen funktionierenden Flexibilitätsmarkt:

- 293 ○ Einführung von marktgängigen Vergütungsmodellen für Flexibilitätsoptionen auf der  
294 Basis Erneuerbarer Energien, sowie auf der Basis von Speichern und besonders flexiblen  
295 Kraftwerken wie Gaskraftwerke in KWK (die zukünftig auf erneuerbare Quellen durch  
296 Power-to-Gas umgestellt werden können), anstatt abgeschriebene  
297 Braunkohlekraftwerke nach Stilllegung nachträglich zu subventionieren. Dazu wird eine  
298 Flexibilitäts- oder Speicherprämie im EEG unter Einbeziehung regelbarer Bioenergie-,  
299 Wasserkraft- und Geothermie-Anlagen (Kombikraftwerke) eingeführt.

300 **Die regionale Energiedirektvermarktung wird zukünftig in den Vordergrund**  
301 **gestellt.**

302 Die in der EEG-Novelle von 2014 festgelegte zentrale Stromdirektvermarktung war ein  
303 Fehler, der dringend korrigiert werden muss. Mit dem „verramschen“ von regional  
304 erzeugtem Ökostrom an der Börse muss deshalb Schluss gemacht werden, denn das hat  
305 nichts mit kundenorientiertem Markt zu tun.



306 Marktwirtschaft ist aber nicht nur Großhandel an anonymen Börsen, sondern vor allem der  
307 Handel zwischen realen Personen. Wenn Stadtwerke oder Energiegenossenschaften  
308 allerdings vor Ort erzeugten Ökostrom an Kunden in der Region vermarkten möchten, lässt  
309 ihnen das Strommarktdesign keinen wirtschaftlichen Spielraum. Alle Lasten des  
310 Stromsystems, auch die künftigen Kosten für überflüssige HGÜ-Trassen, müssen in die  
311 regionalen Angebote eingepreist werden, selbst wenn das überregionale Netz durch Einsatz  
312 von Speichern und KWK gar nicht genutzt würde. Damit können Grünstrom-Anbieter ihren  
313 Kunden für regionale Erneuerbare Stromprodukte keinen Preisvorteil bieten.

314 Es müssen deshalb endlich die gesetzlichen Voraussetzungen für einen regionalen  
315 (Grün-)Strommarkt geschaffen werden. Davon würden nicht nur die lokalen Player, wie  
316 Regional- und Stadtwerke, sowie auch Energiegenossenschaften profitieren, sondern auch  
317 die Stromkunden.

318 Was die Rekommunalisierung der Versorgungsnetze anbelangt müssen klare und faire  
319 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Nur, wenn Erzeugungs-, Verteil- und  
320 Vertriebsstrukturen in den Händen regionaler Akteure sind, können diese auf Augenhöhe  
321 miteinander verhandeln, ohne, dass einer von ihnen auf der Strecke bleibt.

322 Leider werden die regionalen Player der Energiewende, die im Übrigen auch zu einer  
323 wesentlichen wirtschaftlichen Belebung strukturschwacher Regionen beitragen, in ihren  
324 Entfaltungsmöglichkeiten behindert, anstatt für sie ordentliche Rahmenbedingungen zu  
325 schaffen. Diese bisherigen Akteure müssen erhalten bleiben und sogar noch gestärkt  
326 werden, denn sie sind das Rückgrat der Energiewende.

327 Der Energiemarkt der Zukunft muss deshalb regionale, intelligente und transparente Märkte  
328 hervorbringen und bei den lokalen und regionalen Akteuren den dezentralen Ausgleich von  
329 Angebot und Nachfrage anreizen. Dafür müssen vor allem Verteilnetzbetreiber stärker für  
330 regionale Maßnahmen zur Regelung des Stromnetzes verantwortlich sein und  
331 Flexibilitätsoptionen erschließen können.

332 Folgende Maßnahmen sind dazu notwendig:

- 333 ○ Öffnung der Direktvermarktung von Grünstromprodukten für lokale und regionale  
334 Energiemärkte und Stärkung der Rolle der Stromvertriebe (Einführung des Grünstrom-  
335 marktmodells in das EEG).
- 336 ○ Fokussierung auf die Ertüchtigung und Modernisierung einer dezentralen  
337 Energieversorgung durch erneuerbare Energien.
- 338 ○ Neuausrichtung des Szenariorahmens zur Netzplanung an den Erfordernissen und  
339 technologischen Möglichkeiten eines modernen erneuerbaren Energiesystems mit  
340 hohen Anteilen Erneuerbarer Energien.
- 341 ○ Stärkung der Verantwortung von Verteilnetzbetreibern beim lokalen und regionalen  
342 Ausgleich von Angebot und Nachfrage sowie der Datenverarbeitung ihrer Netze.
- 343 ○ Öffnung des Ausgleichsenergiemarktes für Verteilnetzbetreiber, Stadtwerke und  
344 mittelständische Unternehmen.

345

346 **Ein echter Klimaschutz in Deutschland ist nur über eine erfolgreiche**  
347 **Energiewende im Wärmebereich möglich.**

348 Mit 56 Prozent entfällt der größte Anteil des Endenergieverbrauchs in Deutschland auf den  
349 Wärmesektor. Damit wird klar, dass dieser Sektor eine entscheidende Rolle bei der  
350 Energiewende spielt.

351 Unter den erneuerbaren Energien, die direkt zur Raumwärme und Warmwassererzeugung  
352 genutzt werden, dominiert mit 11 Prozent Anteil am Endenergieverbrauch die Biomasse. Der  
353 Anteil der Solarthermie und von Wärmepumpen ist mit rund einem Prozent vergleichsweise  
354 unbedeutend. Die Tiefengeothermie wird zwar auch genutzt, ist aber statistisch gesehen  
355 irrelevant, da sie nur in wenigen Regionen nutzbar ist. Dort kann sie allerdings einen  
356 erheblichen Beitrag zur Energieversorgung leisten.

357 Die Nutzung von Biomasserohstoffen ist im dicht besiedelten Deutschland nur noch  
358 geringfügig ausbaubar. Über die Solarthermie kann noch ein erhebliches Potenzial  
359 erschlossen werden.

360 Um die Energiewende im Wärmebereich zum Erfolg zu führen, müssen insbesondere  
361 Maßnahmen im Bereich der Gebäudestandards und bei der Verbindung von Strom- und  
362 Wärmemarkt erfolgen. Durch eine Zusammenführung von Strom- und Wärmemarkt kann  
363 eine Komplettversorgung mit Erneuerbaren Energien kostengünstig erreicht werden.

364 Eine große Bedeutung kommt dabei der Gebäudesanierung zu. Prinzipiell ließe sich der  
365 Raumwärmebedarf durch optimale Dämmmaßnahmen und Wärmerückgewinnung um mehr  
366 als 80 Prozent verringern. Eine durchschnittliche Reduzierung um mehr als 25 bis 50 Prozent  
367 erscheint in einem Zeitraum von 25 Jahren allerdings wenig realistisch.

368 Deutliche Effizienzgewinne lassen sich hingegen künftig durch Wärmepumpen erreichen.  
369 Beispielsweise kann durch die Sanierung eines Altbaus mit ca. 30.000 kWh Wärmebedarf pro  
370 Jahr dieser auf ca. 15.000 kWh reduziert werden. Durch den Einsatz einer elektrischen  
371 Wärmepumpe kann der Energiebedarf auf ein Drittel (5.000 kWh/a) reduziert werden, in  
372 Kombination mit der Abwärmenutzung, oder der Solarthermie ist eine Reduzierung auf ein  
373 Fünftel (3.000 kWh/a) möglich. Dadurch ergeben sich gute Möglichkeiten in einem relativ  
374 kurzen Zeitraum die Wärmeversorgung komplett auf erneuerbare Energien umzustellen.

375 Aufgrund der langen Produktzyklen in der Haustechnik ist schnelles und konsequentes  
376 Handeln von besonderer Bedeutung. Die Beschleunigung der energetischen  
377 Gebäudesanierung wurde und wird derzeit von Landesregierungen ausgebremst und  
378 erschwert damit die flächendeckende Etablierung effizienter Gebäudetechnik maßgeblich.  
379 Eine solche Politik verhindert die Entwicklung von Massenmärkten für Effizienztechnologien  
380 und beklagt sich gleichzeitig über die vermeintlich zu hohen Kosten. Dabei wird übersehen,  
381 dass gerade im Setzen anspruchsvoller Standards der Schlüssel zum Erfolg liegt, also die  
382 Kosten konkreter Effizienztechnologien reduziert.

383 Um eine echte Wärmewende einzuleiten sind, unter anderem, folgende Maßnahmen  
384 dringend notwendig:

- 385 ○ Abschaffung aller Subventionen für die Nutzung von Öl und Gas allein für die  
386 Raumwärme.

- 387 ○ Ausbau der Förderung solarer Nahwärmenetze, Power-to-Heat - Anwendungen und  
388 saisonaler Wärmespeicher.
- 389 ○ Das Sonnenhaus / Energieplus-Haus als Standard durch das Verbot des Einsatzes fossiler  
390 Wärme- und Kälteenergieträger bei Neubauten entsprechend dem Beispiel Dänemarks  
391 und die Pflicht zum Einsatz Erneuerbarer Energien im Gebäudebestand.
- 392 ○ Anhebung der energetischen Gebäudesanierungsrate auf mindestens drei Prozent im  
393 Jahr.

394 **Die Mobilitätswende muss zu einem wichtigen Bestandteil der Energiewende**  
395 **werden.**

396 Die Automobilindustrie steht nicht nur wegen des Dieselskandals und der dynamischen  
397 Entwicklungen in der E-Mobilität vor gewaltigen Umbrüchen. Die Versäumnisse in der  
398 Entwicklung alltagstauglicher E-Mobilitätslösungen werden die deutschen  
399 Automobilkonzerne und die damit verbundene Zulieferindustrie sowie die Werkstätten und  
400 Vertriebe empfindlich treffen. Denn die E-Mobilität wird sich in vielen Bereichen schon  
401 deswegen durchsetzen, weil die Technologie effizienter, einfacher, verlässlicher und sehr  
402 bald billiger und populärer sein wird als der Verbrennungsmotor. Immer mehr Länder setzen  
403 dem Verbrenner bereits heute ein Verfallsdatum.

404 Trotzdem sollte der Fokus nicht ausschließlich auf das batteriebasierende Elektroauto  
405 gerichtet sein. So kann die Brennstoffzelle in bestimmten Anwendungsfällen die bessere  
406 Wahl sein. Zumindest in einer gewissen Übergangsphase kann auch ein gasbetriebener  
407 Verbrenner durchaus vernünftig sein. Gas ist bezüglich der Umweltbelastung deutlich besser  
408 als Benzin oder Diesel. Gas kann synthetisch über die Power-to-Gas - Technologie durch  
409 erneuerbaren Strom hergestellt werden. So können auch Verbrennungsmotoren CO<sub>2</sub>-neutral  
410 betrieben werden. Es würde deshalb Sinn machen nur noch Verbrenner zuzulassen, die auf  
411 Gasbetrieb umgestellt werden können.

412 Eine Verkehrswende beschränkt sich allerdings nicht auf den Austausch eines  
413 Antriebskonzeptes durch ein anderes. Es kommt nun darauf an, Mobilität als Ganzes zu  
414 betrachten und die Weichen dafür zu stellen, dass ein leistungsfähiger öffentlicher Nah- und  
415 Fernverkehr mit allen verfügbaren Mobilitätsdienstleistungen (Carsharing, Leihräder,  
416 Mitfahrzentralen etc.) gekoppelt wird und so die Verkehrsbelastung in Deutschland  
417 insgesamt deutlich gemindert wird. Wesentlich dabei ist auch, dass kurze Strecken zukünftig  
418 mehr zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigt werden. Es braucht deshalb eine vernetzte  
419 Erneuerbare Mobilität und ein Konzept, das Mobilitäts- und Energiewende zusammendenkt  
420 und die vorhandenen Synergieeffekte hebt.

421 Auch das autonome Fahren wird eine große Rolle spielen. Damit verbunden wird nicht mehr  
422 der Besitz eines Autos im Vordergrund stehen, sondern dessen intelligente Nutzung im  
423 Verbund mit anderen Verkehrsmitteln. Die Automobilindustrie muss sich radikal umstellen.  
424 Das Geschäftsmodell der Zukunft kann nicht mehr darin bestehen möglichst viele – zum Teil  
425 völlig unsinnige Autos, wie beispielsweise SUV's – zu verkaufen, sondern attraktive  
426 Mobilitätsangebote zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die Städte können dadurch

427 wieder lebenswerter werden, da deutlich weniger Autos einen (Stell-)Platz brauchen. Die  
428 Politik muss sich für diese Vision einsetzen und dabei die Automobilindustrie, die auf Grund  
429 der vielen Beschäftigten ein extrem wichtiger Wirtschaftszweig ist, auf den richtigen Weg  
430 bringen. Dazu sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu setzen, wirtschaftliche Anreize  
431 zu schaffen und vor allen Dingen ist darauf zu achten, dass die Beschäftigten nicht auf der  
432 Strecke bleiben. Das Falscheste wäre ein krampfhaftes Festhalten an den bisherigen  
433 Technologien und Geschäftsmodellen, das zeigt die Entwicklung im Energiebereich.

434 Es ist davon auszugehen, dass der Individualverkehr künftig fast ausschließlich durch  
435 batteriebetriebene Elektrofahrzeuge bedient wird. Der LKW- und Busverkehr muss ebenfalls  
436 elektrifiziert werden. Da aufgrund der größeren Strecken hier Batteriefahrzeuge nur  
437 eingeschränkt möglich sind, ist eine Elektrifizierung wichtiger Fernstraßen mit Oberleitungen  
438 anzustreben. Ein Teil der Transportleistung im Schwerlastbereich kann auch mit Treibstoffen  
439 auf Basis von Power-to-Liquid erbracht werden. Eine deutliche Erhöhung des  
440 Schienengüterverkehrs erleichtert die Elektrifizierung.

441 Im Flug- und Schiffsverkehr sind die Produktzyklen deutlich länger und technische Lösungen  
442 zur Elektrifizierung erheblich aufwändiger. Darum wird in diesem Bereich im Wesentlichen  
443 der Einsatz von Power to Liquid- und Biomassetreibstoffen vorgesehen.

444 Zur Einleitung der Mobilitätswende sind folgende Maßnahmen notwendig:

- 445 ○ Umgehende Beendigung aller direkten und indirekten Subventionen fossiler Mobilität.
- 446 ○ Abschaffung der Steuerbefreiung von Dieselmotoren.
- 447 ○ Neuzulassungen erfolgen nur noch für emissionsfreie Fahrzeuge, bzw. für Autos mit  
448 Verbrennungsmotoren die auf Gasbetrieb umgerüstet werden können. Power to Gas  
449 bietet mittelfristig die Möglichkeit auch diese Fahrzeuge CO<sub>2</sub>-neutral zu betreiben.
- 450 ○ Gleichmäßige Verteilung der Infrastrukturausgaben auf alle Verkehrsträger.
- 451 ○ Deutliche Verbesserungen des Fuß- und Radwegenetzes.
- 452 ○ Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nicht nur in den Ballungszentren,  
453 sondern auch auf dem Land.
- 454 ○ Alle Verkehrsmittel im öffentlichen Verkehr sukzessive auf CO<sub>2</sub>-neutralen Betrieb  
455 umstellen.
- 456 ○ Aktive internationale Bemühungen zur Abschaffung der Steuerbefreiung für Kerosin.

457 Sepp Mittermeier

458 Energie- und Verkehrspolitischer Sprecher, sowie  
459 stellvertretender Vorsitzender des SPD-UB Ebersberg